

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 52.

Berlin, Mittwoch, 30. Juni 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die britischen Gewerksvereine in den letzten Jahren. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Die Steigerung der Preise für Lebensmittel. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Die britischen Gewerksvereine in den letzten Jahren.

Von ungemein großem Interesse und sehr lehrreich ist ein vor kurzem veröffentlichter Bericht über die britischen Gewerksvereine in den Jahren 1895—1907. Er gestattet auch Vergleiche für die zehnjährige Periode 1898 bis 1907.

Die Mitgliederzahlen in diesem Zeitraume litten während des größten Teiles dieser Zeitperiode durch die tiefe gewerbliche Depression, die meist in Großbritannien damals herrschte. Im Jahre 1898 zählten die britischen Gewerksvereine 1 688 531 Mitglieder, die sich bis zum Jahre 1901 nur auf 1 966 761, also um 278 230 Mitglieder vermehrten. Die Zunahme entfällt zum weitesten Teile auf das Jahr 1899. Sie ist relativ unbedeutend im Vergleich mit dem sonstigen Aufschwunge der Trade-Unions. Dann setzt sich zum Jahre 1906 sogar eine allerdings geringfügige Abnahme der Mitgliederzahlen ein. Erst in diesem Jahre erhebt sich diese Ziffer auf 2 113 806, was gegen das Vorjahr eine Zunahme um nicht weniger als 193 433 Mitglieder bedeutet. Diese wird jedoch noch erheblich übertroffen durch das Wachstum im letzten Berichtsjahre (1907), das einen Stand von 2 406 346 Mitgliedern oder ein Anwachsen um sogar 292 540 aufweist. Diese Erstarke der Gewerksvereine hat sich, wie wir gleich hinzusetzen wollen, im abgelaufenen Jahre wiederum gezeigt und setzt sich im laufenden fort.

Nicht in allen Gruppen der einzelnen Gewerbe ist die Mitgliederbewegung eine gleichmäßige, doch hängt das wesentlich mit der wirtschaftlichen Konjunktur dieser Branchen zusammen. So hat das Baugewerbe, das in Großbritannien darniederliegt, im ganzen eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen und zwar mit einigen Schwankungen von rund 230 000 auf 193 000. Ersttaunlich aber war die Zunahme unter den Arbeitern in den Bergwerken und Eisenbrüchen. Sie belief sich innerhalb dieser zehnjährigen Periode auf rund 135 000 Köpfe, nämlich von 566 731 auf 703 544. Auch hier ist Stagnation und geringer Rückgang in den Jahren 1903—1905 zu konstatieren, während namentlich die beiden letzten Jahre starken Zuwachs bringen.

Die Bewegung unter den Metallarbeitern war keine so große. Das hängt allerdings wohl damit zusammen, daß hier bereits die große Masse der Arbeiter, welche die teilweise recht strengen Aufnahmebedingungen zu leisten vermochten, schon organisiert war. Immerhin ist die Zunahme von 312 444 Mitgliedern auf deren 376 805, mit hin um 64 000 recht beträchtlich.

Die Textilarbeiter innerhalb der Gewerksvereine vermehrten sich von 240 893 auf 351 427, also um mehr als 110 000 und damit relativ am stärksten. Hier war die Aufwärtsbewegung nur durch wenige Jahre unterbrochen, jedoch das letzte Berichtsjahr brachte allein einen Aufschwung um mehr als 50 000 Organisierte.

Auch die Steigerung der Gewerksvereiner unter den Arbeitern im Transportgewerbe muß als sehr beträchtlich bezeichnet werden. Sie belief sich allein im letzten Berichtsjahre auf rund 60 000 oder 70 Prozent. Im ganzen wuchsen diese Organisierten von 147 957 auf 238 613, mit hin um 91 000 Köpfe an!

In den übrigen Gewerbebezügen zusammen wurde gleichfalls eine Zunahme von

388 464 auf 540 167 Mitglieder der Trade-Unions gemustert; also ein Plus von nicht weniger als 152 000 Mitgliedern!

Die Gesamtzahl der 1173 Gewerksvereine und ihrer Mitglieder war die größte, die jemals seit Zusammenstellung ihrer Statistik bekannt wurde.

Die britische Gewerksvereinstatistik greift seit längerer Zeit die 100 größten und leistungsfähigsten Trade-Unions heraus, um diese im einzelnen namentlich in bezug auf ihre Finanzen und Leistungen hin zu untersuchen. Die in Betracht kommenden 100 Einzelvereine umfassen mehr als 60 Prozent der gesamten Mitgliederzahl, die sich in dieser zehnjährigen Periode von rund einer Million auf nahezu 1 1/2 Million vermehrte. Gleichzeitig stieg ihre Jahres-einnahme stetig, und zwar von rund 38 auf 48 Millionen Mark, ebenso von dem Jahre 1898 bis 1906 die Einnahme pro Mitglied von etwa 34,10 auf 36,15 Mark. Erst im letzten Berichtsjahre fand eine Abnahme pro Kopf statt, trotz der erheblichen Zunahme der Gesamteinnahme um mehr als 4 Millionen Mark, weil der Mitgliederbestand eben, wie oben ersichtlich, sich so stark gemehrt hatte.

Die gleiche Erscheinung beobachten wir bezüglich des Vermögens dieser Gewerksvereinsgruppe. Es wuchs an von 53 auf nicht weniger als mehr denn 112 Millionen Mark. Auf den Kopf des Mitgliedes entfielen mehr als 48 Mark im Jahre 1898, im Jahre 1906 aber mehr als 80 Mark Vermögen, das ebenfalls infolge der enormen Mitgliederzunahme des letzten Berichtsjahres sich in diesem auf etwa 79 1/2 Millionen Mark verringerte.

Die Ausgaben beliefen sich am Anfang auf rund 29 Millionen Mark oder 27 Mark pro Mitglied, am Ende auf 40 Millionen Mark oder 28 Mark, hatten sich also nur unwesentlich vermehrt. Sie waren in den ersten Jahren sogar absolut wie prozentual geringer gewesen, als am Anfang der Periode, nahmen aber in der kritischen Zeit, den Jahren 1901 bis 1905, einen erheblichen Umfang an, wobei sich aber gerade der Segen der Organisation am meisten bewährte. Damals erreichten die Aufwendungen mehr als 34 Mark im Jahre pro Mitglied!

In den drei letzten Berichtsjahren gaben diese Gewerksvereine nicht weniger als 120 Millionen Mark für ihre Zwecke aus, obwohl sich dabei die Abnahme der Arbeitslosenunterstützung durch die günstiger werdende Wirtschaftskonjunktur fühlbar machte. Davon entfiel aber nur ein Betrag von 10 Millionen Mark oder von 8,2 Prozent der gesamten Ausgabe auf Streikunterstützung, dagegen 28 Millionen Mark oder 23,2 Prozent auf Unterstüzung an Arbeitslose, endlich 56 Millionen Mark oder 46,1 Prozent auf andere Unterstüzungszwecke, der Rest von 27 Millionen Mark auf Verwaltungskosten und verschiedene Ausgaben.

Faßt man dagegen die gesamte zehnjährige Periode ins Auge, so betrug der prozentuale Anteil der Streikunterstützungen 10,3, derjenige der Arbeitslosenunterstüzung 22,8 Prozent, der anderen Versicherungen 44,2 Prozent, der Verwaltungskosten 22,7 Prozent. Wer auf Grund dieser Ziffern noch immer behauptet, die Trade-Unions seien „Streikvereine“, dem ist wirklich nicht zu helfen. Die Unterstüzungen der Gewerksvereine an ihre streitenden Mitglieder schwanken natürlich stark in den einzelnen Jahren, aber sie weisen im ganzen eine stetig fallende Tendenz auf. Gerade bei Beginn dieser Periode, im Jahre 1898 nahmen die Streikunterstützungen mit 6,5 Millionen Mark 22,1 Prozent aller Ausgaben ein, im Jahre 1907 waren es aber nur 4,6 Millionen Mark oder

6,5 Prozent aller Ausgaben dieser Gewerksvereine, die dafür verwendet wurden. Die anderen Ausgabezwecke weisen im ganzen eine Beharrung auf.

Sehr lehrreich besonders für die Entwicklungsgeschichte der britischen Industrie und die Lage ihrer Arbeiter ist eine Tabelle, welche die von diesen Gewerksvereinen aufgewendeten Jahresunterstüzungen an Arbeitslose unter die einzelnen Branchen der Gewerbe verteilt. Durchweg ist eine starke Steigerung dieser Aufwendungen entsprechend der Ungunst der Zeiten zu bemerken. Besonders stark ist diese bei den Bauarbeitern und bei den Metallarbeitern. Ueberwunden scheint die Krise aber im Bergbau und der Textilindustrie; doch können wir dies hier im einzelnen nicht verfolgen.

Was die innere Verfassung und deren Veränderungen angeht, so gab es Ende des Jahres 1907 nicht weniger als 106 Verbände und Vereinigungen der Trade-Unions mit einem Mitgliederbestande von nicht weniger als 2,8 Millionen oder 900 000 mehr als drei Jahre vorher. Dabei werden allerdings manche Gewerksvereine und ihre Mitglieder mehrfach gezählt, da sie verschiedenen Verbänden zugleich angehören. Die größten Gewerksvereinsverbände sind: der Allgemeine Verband der Gewerksvereine, der Bund der Bergarbeiter Großbritanniens und der Verein der Maschinen- und Schiffsbauarbeiter des Vereinigten Königreiches. Diese drei Verbände zählten 600 000 beziehungsweise 460 000 und 320 000 Mitglieder und hatten innerhalb der drei letzten Berichtsjahre um 200 000 bzw. 130 000 Mitglieder zugenommen, während der letztgenannte Verein eine Abnahme um 20 000 aufwies. Die in den letzten drei Berichtsjahren neu begründeten sechs größeren Verbände von Gewerksvereinen zählten nahezu eine halbe Million Mitglieder.

Die Zahl der Ortsverbände (Trade-Councils) belief sich Ende des Jahres 1907 auf 250 mit 980 000 angeschlossenen Teilhabern, was gegen drei Jahre vorher eine Zunahme um 48 bzw. etwa 100 000 bedeutet.

Gegenüber mystischen, aber gänzlich unbegründeten Prophezeiungen, welche die Idee der Gewerksvereine auch in ihrem Heimatlande als überwunden bezeichnen, muß auf Grund dieses Ziffernbildes festgestellt werden, daß sie gerade jetzt im Beariffe sind, einen ungeahnt glänzenden Aufschwung zu nehmen, der alle gewiß hochgebannten Erwartungen hinter sich läßt. Der Grundgedanke der altbewährten, stürmerprobten Trade-Unions aber hat sich die Welt erobert. Er hat keine kulturgeschichtliche Mission noch lange nicht erfüllt, am wenigstens in unserem Heimatlande, da trotz der Vormwärtsbewegung der Arbeiterorganisationen doch noch sehr viel zu tun ist und namentlich die Bewegung für unseren Verband noch lange nicht alle die Kreise ergriffen hat, die ihr angehören sollten und für die sie noch unendlich viel Segen stiften kann. Möchten diese Ziffern auch dazu beitragen, die Zahl der Anhänger unseres Verbandes zu mehren und zu zeigen, daß Erfolge noch immer zu erzielen sind!

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Ein heftiger Kampf spielte sich vor einigen Wochen am Reichs-Versicherungsamte ab in einer schwierigen Hinterbliebenenrentensache. Der Sachverhalt, auf den es ankommt, ist etwas schwer zu schildern, weil eine große Anzahl schwieriger Einzelheiten hineinspielt, auf die wir hier, um nicht zu ausführlich zu werden, nicht eingehen können. Wir können die Sache nur in rohen Umrissen schildern.

Der Maschinist M. in einem Orte Mittel-Deutschlands war seit dem Jahre 1891 in einer Fabrik der Textilbranche beschäftigt. Im Jahre 1898 legte die Firma elektrisches Licht an unter gleichzeitiger Errichtung eines Akkumulatorenraumes mit 60 Elementen. Der Maschinist M. hat nun lange Jahre hindurch als Maschinenwärter auch das Laden der Akkumulatoren besorgt. Krank ist er dabei nie gewesen; nur gelegentlich hat er in ärztlicher Behandlung gestanden wegen Rheumatismus und Bandwurm. Auch am 4. Dezember 1905 ließ er den Arzt wieder bitten, zu ihm zu kommen, und ihn auf Bandwurm hin zu untersuchen. Der Arzt kam am 5. Dezember morgens, besuchte den M. an der Arbeitsstelle, verschrieb ihm ein Medikament und empfahl ihm, in der Arbeit sich etwas zu schonen. Noch an demselben Tage nachmittags begab sich M. aus dem Maschinenraum in den Akkumulatorenraum, um das Laden der Akkumulatoren zu beaufsichtigen. Nach 5 Minuten kam er aus dem Raume zurück, setzte sich schwankend auf einen Stuhl, drückte die Hände gegen die Brust und rief: „Die verdammte Giftbube!“ Umstehende Arbeiter führten ihn ins Freie, nach wenigen Schritten taumelte M. und war tot. Eine Deffnung der Leiche hat nicht stattgefunden.

Die Frau stellte bei der Berufsgenossenschaft Anspruch auf Hinterbliebenenrente und zwar mit der Begründung, es entwickelten sich in dem Akkumulatorenraume beim Laden giftige Gase, die unter Umständen den Tod herbeiführen können. Das sei hier der Fall gewesen. Die Berufsgenossenschaft hatte zunächst die Absicht, die Hinterbliebenenrente zu bewilligen, weil mehrere Aerzte begutachtet hatten, daß in einem solchen Akkumulatorenraum, zumal, wenn er so beengt sei wie der hier in Frage stehende, giftige Gase den Tod eines Arbeiters herbeiführen können.

Noch ehe aber die Berufsgenossenschaft den berufsungsfähigen Beiseid erlassen hatte, ging ihr Material zu, in dem gelagert wurde, unter normalen Umständen, d. h. wenn gute Säure verwertet würde, könnten in einem Akkumulatorenraum lebensgefährliche giftige Gase nicht entstehen. Daraufhin lehnte die Berufsgenossenschaft die Gewährung einer Rente ab. Die Witwe nahm das Schiedsgericht in Anspruch und beantragte bei diesem die Rente. Inzwischen hatte die Berufsgenossenschaft umfangreiche Beweiserhebungen veranstaltet. Auch das Schiedsgericht seinerseits besichtigte den Betrieb und vernahm eine ganze Reihe Zeugen. Die Beweiserhebung erstreckte sich auf folgende Fragen:

Es wurde von Sachverständigen behauptet, in einem Akkumulatorenraume könnten sich zwei Gase bilden, 1. eine übermäßig starke Schwänierung der Luft mit Schwefelsäure, 2. Arsenwasserstoff. Der starke Schwefelsäuregehalt bilde sich in jedem Akkumulatorenraume. Er sei aber nicht gesundheitsschädlich. Wohl rufe er bei Leuten, die an dieser Luft zu arbeiten nicht gewohnt seien, einen starken Hustenreiz hervor und könne auch kleine Verbrennungen der Atmungsorgane verursachen. Daran gewöhnten sich die Leute aber sehr bald und sei dann die Schwefelsäureluft nicht nur nicht gesundheitsschädlich, sondern könne unter Umständen sogar einen fördernden Einfluß auf die Gesundheit des Arbeiters ausüben. Der zweite Giftstoff, Arsenwasserstoff, könne sich nur dann bilden, wenn die Schwefelsäure nicht genügend gereinigt sei. Ueber die Fabrication von Schwefelsäure, die zum Füllen von Akkumulatoren dienen soll, seien aber so strenge Vorschriften erlassen, daß es ausgeschlossen sei, daß ungenügend gereinigte Schwefelsäure geliefert wird. Es sei auch eine Verwechslung zwischen gereinigter und ungenetzter Säure ausgeschlossen.

Diese Anaalen wurden von der Klägerin bestritten. Zunächst müsse in Betracht gezogen werden, daß der Schwefelsäurestoff vielleicht in genügend großen Räumen keine giftigen Wirkungen habe; hier aber sei die Sachlage anders. Der Laderaum habe nur 25 Kubikmeter Luftraum geholt. Darin hätten sich 60 Elemente befunden. Als einzige Lüftungstelle sei ein 30-Quadratmeter großes, mit einem Gitter verperrtes Loch in der Mauer vorhanden gewesen. Der Maschinist M. habe sich beim Nachkontrollieren mit seinem Kopf höchstens 40 Zentimeter über den Akkumulatoren befunden und deshalb in äußerst starker Weite unter dem Einfluß der aufsteigenden Gase gestanden. Auch eine Verwechslung der Säure sei nicht unmöglich. Der Verstorbenen M. habe vier Tage vor dem Tode zu seiner Frau gesagt, man habe ihm jetzt eine Sendung zu starker Säure geliefert, die beiße ihm seinen neuen Arbeitsanzug kaput; die Frau solle ihm den alten Anzug geben.

Auch der Gewerberat in Gera erklärte, daß beim Laden der Akkumulatoren wohl giftige Gase entstehen, die zum Tode führen können. Ein Che-

miker gab eine ähnliche Erklärung ab, und die Gewerbeinspektion verlangte nachträglich von der Firma, daß sie den ganzen Akkumulatorenraum umbauere. Der Nachfolger des verstorbenen M. sagte aus, daß auch er in seiner Gesundheit schwer hätte leiden müssen, so lange der Raum nicht umgebaut gewesen sei. Auf Grund dieser Zeugnisaussage und auf Grund des Gutachtens des Gewerberats in Gera sprach das Schiedsgericht der Witwe die Hinterbliebenenrente zu.

Die Berufsgenossenschaft legte gegen dieses Urteil Rekurs ein. Sie holte noch ein Gutachten ein von Herrn Dr. Bötrich in Gera, der ein besonders tüchtiger Sachverständiger in dieser Frage sein sollte. Dieser erklärte, es sei höchst unwahrscheinlich, daß M. infolge eines Unfalls verstorben sei. Eine Säureverwechslung könne unmöglich stattgefunden haben; vielmehr müsse man annehmen, daß M. seit langem herkrank gewesen und am 5. Dezember 1905 infolge eines Herzschlags gestorben sei. Es sei höchst wahrscheinlich, daß der Tod beschleunigt wurde durch das jahrelange Arbeiten in den dämpfigen Akkumulatorenräumen; jedoch sei das eine Berufskrankheit und kein Unfall. Für die Firma müsse es eine Ehrenpflicht sein, die Hinterbliebenen des M. zu unterstützen; die Berufsgenossenschaft aber könne nicht ersatzpflichtig gemacht werden. Möglich sei es noch, daß M. beim letzten Aufenthalt im Akkumulatorenraum irrtümlich an die elektrische Leitung gefaßt habe und durch einen elektrischen Schlag getötet worden sei. Dies sei jedoch bisher selbst von der Witwe nicht behauptet worden, und es müsse deshalb diese Möglichkeit ausschließen.

Das Reichs-Versicherungsamt ließ noch weiteren Beweis erheben und unterbreitete dann das Attestmaterial Herrn Professor Stinking in Jena. Auch dieser erklärte dann, von einem Tod durch Unfall könne nicht geredet werden; höchstens sei eine Berufskrankheit anzunehmen, für die aber dann die Berufsgenossenschaft nicht aufzukommen habe.

In der mündlichen Verhandlung griffen wir den Standpunkt der Berufsgenossenschaft und des Herrn Professor Stinking von den verschiedensten Seiten als unhaltbar an. Daß M. herkrank gewesen sei, dafür fehle jeder Beweis. Der behandelnde Arzt habe das ausdrücklich verneint. Auch die Tatsache, daß M. an Rheumatismus gelitten habe, mache es nicht wahrscheinlich, daß eine Verfrankung entstanden sei; denn er habe zum mindesten seit dem Jahre 1898 nie krank gefeiert. Wäre aber der Rheumatismus so stark gewesen, daß er eine Herzkrankheit habe verursachen können, so würde der Mann zweifellos im Laufe der Jahre öfter erwerbsunfähig gewesen sein wegen Rheumatismus. Herr Professor Stinking verneint zu unrecht die Möglichkeit, daß die mit Schwefelsäure gefüllte Luft in Akkumulatorenräumen gesundheitsschädlich sei. Das Gegenteil sei erwiesen. Wir führten dafür einen Beweis aus einem größeren medizinischen Werke an. Auch alle anderen Gutachter geben zu, daß in einem so kleinen Raume wie hier, wo der M. gewissermaßen mit der Nase auf den Elementen habe liegen müssen, eine äußerst starke Einatmung giftiger Schwefelsäureluft stattgefunden hat. Auch eine Säureverwechslung sei nicht unmöglich. Wer mit den Arbeitsmethoden in chemischen Fabriken vertraut sei, müsse das zugeben. Nach der Vorschrift war das einzige Merkmal zwischen gereinigter und ungenetzter Schwefelsäure ein Schmelzgebilde, das die verschieden gefüllten Flaschen voneinander kenntlich macht. Es gebe tausend Möglichkeiten, wie da eine solche Flasche verwechelt werden könne. Selbst wenn aber keine Verwechslung stattgefunden hat, sei in diesem Raume ein Arsenstoffgehalt der Luft in einer Stärke, die tödend wirken könne, wohl denkbar. Alle diejenigen, die das ableugneten, seien daran interessiert. Denn es handle sich bei den diesbezüglichen Sachverständigen um Leute, die in Betrieben angestellt, die mittelbar oder unmittelbar an dem Ausgang dieser Sache beteiligt seien. In England seien Sterbefälle dieser Art öfter vorgekommen und hätten auch vor nicht langer Zeit dort zur Erlassung eines Schutzgesetzes in dieser Richtung geführt.

Professor Stinking könne als sachverständiger Gutachter hier nicht in Frage kommen, weil er von den technischen Verhältnissen des Akkumulatorenbetriebes keine Kenntnisse habe. Ein schlüssiges ärztliches Gutachten könne hier nur abgegeben werden, wenn je ein technischer und medizinischer Sachverständiger gemeinsam das Gutachten ausarbeiten.

Alle diese Behauptungen stützten wir dann auch mit einem weiteren Gutachten, das von einem Arzte, der gleichzeitig Techniker ist, abgegeben war.

Der Senat des Reichs-Versicherungsamts stellte sich jedoch auf den Standpunkt der Berufsgenossenschaft, hob dementsprechend das

Urteil des Schiedsgerichts auf und stellte damit die Rentenzahlung ein. Er begründete dieses Urteil mündlich etwa wie folgt:

Es komme hier gar nicht so sehr auf die medizinische und technische Seite der Frage an, sondern mehr auf die rechtliche. Daß die Säuredämpfe in Akkumulatorenräumen giftig sein könnten, sei zweifellos. Man könne ohne weiteres zugeben, daß der Mann infolge der jahrelangen Beschäftigung in diesem Raume an seiner Gesundheit gelitten hat. Selbst wenn man mit den Vertretern der Witwe annehmen wolle, daß falsche Säure geliefert und seit dem 27. November benutzt worden sei, so sei der Tod immer noch kein Betriebsunfall; denn es sei dann die Säure bis zum 5. Dezember, d. h. 9 Tage hindurch benutzt worden. Es fehle also hier ein wesentliches Merkmal des Betriebsunfalls, eben die „Wahrscheinlichkeit“. Als Betriebsunfall habe die Rechtspredung von jeher nur ein außergewöhnliches Betriebsereignis betrachtet, das sich über einen gewissen engegrenzten Zeitraum, in der Regel 2 Stunden, nicht erstrecken dürfe. Wenn hier das außergewöhnliche Betriebsereignis, die angeblich falsche Säure, 9 Tage gebraucht wurde, so habe man es zweifellos mit einer Betriebskrankheit zu tun, für deren Folgen die Berufsgenossenschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Damit ist der Anspruch der Witwe endgültig abgewiesen, wenigstens soweit die Unfallversicherung in Betracht kommt. Vielleicht läßt sich jetzt auf dem Wege des Haftpflichtgesetzes noch etwas erzielen. Der Versuch wird wahrscheinlich gemacht. Eines lehrt aber der Vorgang in aller Deutlichkeit, daß der Begriff „Betriebsunfall“, wie er heute in der Rechtspredung üblich ist, erweitert werden muß. Wir müssen jetzt bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung beanbuchen, daß auch Berufskrankheiten, die durch die Betriebsarbeit entstehen, als Unfall zu gelten haben und deshalb entschädigt werden. Laut und deutlich muß diese Forderung jetzt erhoben werden.

Die Steigerung der Preise für Lebensmittel

sowie der wichtigsten Verpflegungsmittel geht deutlich hervor aus den Zusammenstellungen der „Stat. Korrespondenz“ für den Monat Mai. Namentlich die Preise für Brotgetreide zeigen eine steigende Tendenz, der auch die Preise für Mehl und Backwerk gefolgt sind.

Der Weizen kostete im Durchschnitt der 50 preussischen Hauptmärkte 251 Mark für 1000 Kilogramm gegen 235 Mark im April, 225 Mark im März und 202 Mark im Januar, so daß gegenüber dem April eine Zunahme um 16 Mark und gegenüber dem Januar eine solche um 49 Mark oder 24 v. d. S. stattgefunden hat. Am meisten gestiegen ist im letzten Monat der Weizen in Halle mit 24 und Köln mit 26 Mark; ein Preisrückgang hat nirgends stattgefunden. Am höchsten war der Weizenpreis mit 268 Mark in Düsseldorf, demnächst mit 259 Mark (im April 241 Mark) in Berlin, am niedrigsten mit 220 Mark in Königsberg und 215 Mark in Dortmund. Das Weizenmehl ist im Großhandel im Durchschnitt aller Orte von 32 auf 34 Mark für 100 Kilogramm, im Kleinhandel von 38 auf 40 Pf. für 1 Kilogramm gestiegen. Weizenbrot (Semmel) kostet 56 Pf. gegen 54 im Vormonat. Berlin hatte eine Steigerung um 2 Mark für den Großpreis und 2 Pf. für den Kleinspreis des Weizens und 1 Pf. für die Semmel. Der Roggenpreis ist im Durchschnitt aller Orte von 174 auf 183 Mark, in Berlin von 176 auf 188 Mark gestiegen. Die größte Preissteigerung hatte Weizen mit 18 Mark, während eigentümlicherweise das benachbarte Königsberg den einzigen Preisrückgang (um 5 Mark) hatte, allerdings nachdem dort im April der Preis um 20 Mark gestiegen war. Am teuersten war der Roggen in Trier mit 194, am billigsten in Allenstein mit 165 Mark. Das Roggenmehl kostete im Großhandel 26 Mark gegen 25 Mark im April; im Kleinhandel hat sich der Preis um 32 Pf. nicht verändert; in Berlin allerdings ist er um 1 Pf. gestiegen. Das Roggenbrot hat seinen Preis von 31 auf 32, in Berlin von 30 auf 32 Pf. erhöht. Die Braugerste hat auch im Mai ihren Durchschnittspreis von 196 Mark nicht verändert. An einzelnen Orten ist sie allerdings bis zu 10 Mark (Remel und Koblenz) teurer geworden, während der Preis auch mehrfach (bis zu 6 Mark in Stettin und Esen) zurückgegangen ist. Den höchsten Preis hatte Düsseldorf mit 253, den niedrigsten Königsberg mit 157 Mark. Die Futtergerste hat ihren monatlichen Durchschnittspreis von 158 Mark behauptet. Am meisten gestiegen ist der Preis mit 11 Mark in Remel, am meisten gesunken mit 12 Mark in Esen und Königsberg. Die Preissteigerung bilden Harburg mit 183 und Königsberg mit 133 Mark. Berlin hatte sowohl für Braugerste wie für Futtergerste keine Preisnotierung. Der Durchschnittspreis des Hafers ist von 183 auf 191 Mark gegangen. Allenstein mit 26 Mark und Remel mit nicht weniger als 32 Mark hatten die größten Preissteigerungen; ein Rückgang hat nirgends stattgefunden. Am teuersten war der Hafer in Potsdam mit 210 Mark, am billigsten in Reuß mit 164 Mark. In Berlin kostete der Hafer 198 Mark gegen 190 Mark im April. Der Großhandelspreis der Hülsenfrüchte ist etwas herabge-

gangen, bei den Erbsen von 288 auf 285 Mark, bei den Bohnen von 286 auf 284 Mark und bei den Linsen von 336 auf 326 Mark. In Berlin lösteten die Erbsen 300 (im April 328), die Bohnen 308 (314), die Linsen 380 (400) Mark. Der Kleinhandelspreis betrug im Durchschnitt aller Orte für 1 Kilogramm bei den Erbsen 37 (im April 38) Pf., bei den Bohnen 39 (37) Pf., bei den Linsen 49 (47) Pf. für 1 Kilogramm, ist also im Gegensatz zum Großhandelspreis gestiegen. Der Durchschnittspreis der Kartoffeln ist mit 71 Mark unverändert geblieben, indem die zahlreichen lokalen Schwankungen sich ausgeglichen haben. Der Seupreis ist von 67 auf 68 Mark gestiegen, in Berlin allerdings von 62 auf 56 Mark zurückgegangen. Das Richtigroß hat seinen Durchschnittspreis von 51 auf 53 Mark erhöht, das Rummroß ist von 38 auf 41 Mark gestiegen. Die G. H. Butter ist weiter teurer geworden. Im Durchschnitt aller Orte kostete sie 258 Pf. gegen 256 im April; in Berlin hat sich der Preis allerdings nicht verändert (260 Mark). Das inländische Schweinefleisch ist von 167 auf 168 Pf., das ausländische von 136 auf 137 gestiegen. Der Durchschnittspreis der Eier ist der Jahreszeit entsprechend von 423 auf 381 Pf., in Berlin von 416 auf 360 Pf. gesunken. Die Milch, die ihren Durchschnittspreis nicht verändert hat, ist nur an einem Orte teurer und an drei Orten billiger geworden. Das Speisefett zeigt keine Preisänderung. Der Zucker ist von 50 auf 51 Pf. für das Kilogramm gestiegen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 29. Juni 1906.

Verbandsfolgen und -Kollagen von Berlin und Umgegend! Gegen die volksfeindlichen Steuerpläne im Reichstags gilt es an diesem Donnerstag, 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses zu Berlin zu protestieren. Die Entrüstung des deutschen Volkes über die geplante Verteuerung des Lebensunterhalts, während man die Taschen der reichen Leute sorgfältig zu schonen bemüht ist, muß lauten Ausdruck finden. Deshalb darf erwartet werden, daß die Berliner Verbandsfolgen in großen Massen zu dieser Verammlung erscheinen und auch zahlreiche Gäste einführen werden. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Verammlung sich zu einer großartigen Kundgebung gestaltet. Deshalb appellieren wir an das Ehrgefühl aller und fordern nochmals zu recht zahlreichem Besuch auf. Niemand darf fehlen!

Trotz unserer bestimmten Erklärung in Nr. 19, daß die Deutschen Gewerksvereine weder beunruhigt, geschweige denn darum gebeten haben, sich an dem sog. deutschen Arbeiterkongreß beteiligen zu dürfen, können es christliche Gewerkschaftsorgane und ihre Helfershelfer nicht unterlassen, derartige Behauptungen aufzustellen. Die „Arbeit“, das Organ des bekannten Herrn Rafflenbeul, tat dies sowohl in ihrer Nummer vom 19. als auch vom 26. Juni. Von unserer Erklärung nimmt sie einfach keine Notiz. Die wird den Lesern einfach unterzulegen. Auch „Der Solgarbeiter“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, tißt seinen Lesern das von uns längst widerlegte Märchen auf. Es bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß diese Blätter eine heillose Angst davor haben, wenn die Deutschen Gewerksvereine auf diesem Kongreß vertreten sind. Auf welche Gründe diese Angst zurückzuführen ist, kann man nicht mit Bestimmtheit sagen; man kann sie nur ahnen. Wir wollen uns mit den Blättern nicht in eine Diskussion einlassen, sondern nur feststellen, daß sie trotz unserer Erklärung Behauptungen in die Welt schicken, die der Wahrheit direkt widersprechen. Auch dieses Verhalten ist charakteristisch für die Kampfweise der christlichen Gewerkschaften.

Die innerpolitische Lage ist zur Zeit zersprengter als je. Im Reichstage werden die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform immer noch fortgesetzt. Die aus Konservativen, Zentrum und Polen bestehende Mehrheit legt alles daran, die von ihr in Vorschlag gebrachten Steuerpläne zu verwirklichen. Die Stellung der Regierung dazu ist ihnen gleichgültig. Unter diesen Umständen läßt sich zurzeit auch noch nichts darüber sagen, wie denn eigentlich die Finanzreform aussehen wird, die schließlich zustande kommt.

Die weitere Arbeit des Reichstages ist so gedacht, daß am Mittwoch eine Interpellation der Sozialdemokraten über die Lebensmittelveerteuerung zur Verhandlung kommen soll. Dann soll der noch ausstehende Rest der Finanzreform bzw. die von der Kommission hineingearbeiteten Steuerentwürfe erledigt werden, worauf die Beratung der Konsumsteuern auf Branntwein, Tabak und Bier erfolgen soll. Die Mehrheit glaubt so schnell arbeiten zu können, daß jede dieser Vorlagen an einem Tage erledigt wird, so daß dann etwa am 8. Juli das Ende der Reichstagsverhandlungen erwartet werden könnte.

Die Entschlüsse der Regierung sind inzwischen noch in tiefes Dunkel gehüllt. An eine Reichstagsauflösung scheint man vorläufig nicht zu denken. Der günstige Augenblick ist nach unserer Meinung auch verflüht. Der Reichstangler dagegen hat bei dem Kaiser um seine Entlassung eruch; der Kaiser hat es jedoch abgelehnt, im gegenwärtigen Augenblick dem Wunsch des Fürsten Billov zu entsprechen. Derselbe soll solange in seinem Amte bleiben, bis die Arbeiten für die Reichsfinanzreform ein positives und für die verbündeten Regierungen annehmbares Ergebnis erzielt haben. Ob und wann dies geschieht, ist uns vorläufig noch schleierhaft. Jedenfalls wird der Reichstangler nach Erledigung der Finanzreform unwiderruflich aus dem Amte scheiden. Die Haltung der Regierung vermögen wir trotzdem nicht zu verstehen. Wir haben nur eine Erklärung dafür. Vielleicht beabsichtigt sie, die ihr angebotenen und annehmbar erscheinenden Steuern zunächst unter Dach und Fach zu bringen, um dann im Herbst mit neuen Vorlagen auf die alte Steuern an den Reichstag heranzutreten. Werden diese nicht bewilligt, so plant sie vielleicht dann eine Auflösung des Reichstages, so daß die Neuwahlen lediglich unter der Parole: Für direkte Steuern stattfinden würden.

Es sind dies zwar nur Vermutungen, die aber doch nicht außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit liegen. Einstweilen heißt es abwarten und sich für alle Fälle mit dem Gedanken vertraut machen, daß es ohne eine gehörige Schröpfung der breiten Masse des Volkes nicht abgehen wird. Kommt es zum Reichstagswahlkampf, dann werden auch unsere Kollegen auf dem Volke sein und ihre Schuldbiligkeit tun.

Am Montag ist in Berlin der Geheimrat Professor v. Halle

an einer schweren Brustfellentzündung gestorben. Derselbe hat unserer Organisation insofern nahe gestanden, als er sowohl auf unsern volkswirtschaftlichen Abenden im Berliner Verbandshaus mehrfach gesprochen als auch im Winter 1906/07 einen Vortragszyklus über Volkswirtschaftslehre gehalten hat. Bei dieser Gelegenheit hat sich Professor v. Halle als ein warmer Freund der Bestrebungen der Deutschen Gewerksvereine erwiesen, weshalb auch wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Arbeiterbewegung. Im Hamburger

Baugewerbe dauert der Kampf unermindert fort. Die vom Gewerbegericht angebotene Vermittelung wurde vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Es steht sogar zu befürchten, daß die Bewegung weitere Kreise zieht, da auch in der Umgegend von Hamburg die Arbeitgeber die Bauarbeiter auf das Pfahler werfen. So sind all in in Harburg 700-800 Arbeiter ausgebeert worden, um dadurch die Hamburger Unternehmer in Kampfe zu unterstützen. — Auch in Kiel ist der Kampf der Gemeindegewerkschafter noch nicht beendet. Es ist zu weiteren heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitsschutzgekommen, wobei zahlreiche Personen durch Revolvergeschüsse und Säbelschläge verwundet worden sind. Der Magistrat scheint fest entschlossen zu sein, den Arbeitern keine Zugeständnisse zu machen. — In Potsdam befinden sich die Freireuergewerkschaften in einer Lohnbewegung. Sie verlangen eine geregelte Arbeitszeit und Freigabe der 2. Feiertage. — Die Bauhilfsarbeiter in Worms erreichten nach längeren Verhandlungen den Abschluß eines Tarifvertrages, der ihnen eine Erhöhung des Wochenlohnes um 1 Mk. bringt. — Die Fliesenleger in Dresden haben zur Abwehr eines verschlechterten Lohntarifs die Arbeit eingestellt. — In Leisnig sind die Töpfer und Ofenmacher in eine Lohnbewegung eingetreten, um die Unternehmer an einer weiteren Verschleppung der Tarifverhandlungen zu verhindern. — Auf der Fürstlich Pleßischen Grube in Oberschlesien, wo die Bergleute in Streit standen, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Schichtlöhne um 70 Pfg. erhöht wurden. — Der Ausstand der Berliner Bauklemper ist beendet. Eine am Sonnabend abend abgehaltene Verammlung der Streikenden hat trotz einiger geringen Zugeständnisse der Unternehmer den Schiedsgericht des Gewerbegerichts endgültig abgelehnt, aber beschlossen, den Streik vorläufig abzubrechen und ohne Tarif weiter zu arbeiten.

In Marzelle streiten schon seit Wochen mehrere Tausend Seeleute. Nach schwierigen Verhandlungen ist es endlich gelungen über die meisten Streitfragen eine Verständigung herbeizuführen, so daß

die Seeleute beschloffen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. — In Rio de Janeiro ist ein Streit der Gasarbeiter ausgebrochen, der an Ausdehnung zugenommen hat und schwerwiegende Aufhebungen befürchten läßt. — In Pittsburg (Pennsylvania) sind die Schaffner und Wagenführer der Straßenbahn in den Ausstand getreten. Der Verkehr ist vollständig eingestellt.

Gutenbergbund und Deutsche Gewerksvereine.

Die Bemerkung, die wir an die „Berichtsquina“ des Vorstandes des Gutenbergbundes gefnüpft haben, hat Herrn Hoffäh, den Redakteur des „Typograph“ zu einem langatmigen, mehr als zwei Spalten langen Artikel veranlaßt. In erster Linie müßt sich der Herr ab, nachzuweisen, daß der Gewerksverein der Graphischen Berufe in der Hauptache ein Unterstützungsverein sei. Wir halten es nicht der Mühe für wert, uns über diese Frage mit Herrn Hoffäh länger auseinanderzusetzen. Die Antwort, die dem Herrn in der letzten Nummer der „Freien Kunst“, des Organs unseres Gewerksvereins der Graphischen Berufe und Maler, zuteil wird, belegt genug. Herr Hoffäh wird sie sich nicht hinter den Spiegel stecken.

Was uns Veranlassung gibt, noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen, ist die Frage eines eventuellen Anschlusses des Gutenbergbundes an den Verband der Deutschen Gewerksvereine, um die sich vor einigen Jahren, wie wir behauptet haben, einflußreiche Männer auf jener Seite bemüht haben. Herr Hoffäh bestreitet das. Weder der Leitung des Gutenbergbundes, dem Hauptvorstande, noch den einzelnen Personen desselben sei es eingefallen, mit den Kirch-Dunderischen Gewerksvereinen über einen Anschluß des Bundes an die Gewerksvereine zu verhandeln. Das ist von uns auch niemals behauptet worden, sondern wir haben erklärt, daß vor einiger Zeit einflußreiche Männer des Gutenbergbundes tatsächlich energische Versuche nach dieser Richtung hin gemacht haben. Es war dies im Jahre 1904. Damals war wiederholt ein Berliner Mitglied des Gutenbergbundes, der Schriftsteller Friedrichs, bei uns auf dem Bureau und hat erklärt, im Namen zahlreicher anderer Berliner Mitglieder zu handeln, wenn er darauf hinwirke, einen Anschluß des Gutenbergbundes an den Verband der Deutschen Gewerksvereine zu erzielen. Genau zu derselben Zeit sind Schreiben desselben Inhalts aus Straßund und Ansternburg an uns gerichtet worden, so daß die Annahme durchaus berechtigt ist, daß damals eine starke Strömung im Gutenbergbunde für den Anschluß an die Deutschen Gewerksvereine vorhanden war. Diese Anschlußbestrebungen wurden lo energisch betrieben, daß sich das Bureau des Verbandes damit eingehend beschäftigte, schließlich aber, — wir müssen Herrn Hoffäh die bittere Pille nochmals zu schlucken geben — wegen der gliblichen Färbung des Gutenbergbundes zur Ablehnung gelangte. Mag sein, daß Herr Hoffäh jene Leute, die den Gutenbergbund uns zuführen wollten, nicht für einflußreich hält. Solche Bestrebungen sind jedenfalls im Gange gewesen. Uns kam es darauf an, nachzuweisen, daß man im Gutenbergbund noch vor kurzer Zeit über die Gewerksvereine anders dachte, als es in jener Notiz zum Ausdruck kam, in der Herr Hoffäh die Gewerksvereine möglichst herabzusetzen versuchte. Und das ist auch so, so sehr man sich dagegen auch sträuben mag.

Ausländische Arbeiter in Württemberg.

Der deutsche Landwirtschaftsrat gibt einen interessanten Bericht über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Württemberg. Danach werden im Neckarreise in den Orten Bradenheim und Weinsberg meist einheimische Arbeiter, in Heilbronn und Raibingen Polen und Galizier beschäftigt. Im Schwarzwaldkreise beschäftigen die vier Oberämter Calw, Neuenbürg, Sulz und Tuttlingen in der Hauptache nur einheimische Arbeiter; im Oberamt Herrensberg werden nur auf den größeren landwirtschaftlichen Gütern russische Polen beschäftigt. Die Oberämter Göppingen und Ulm beschäftigen zum großen Teil Polen und russische Polen. Im Jagstkreise werden ebenfalls in den Oberämtern Gerabronn und Gmünd zum meist russische Polen auf den Gütern verwendet. Das Oberamt Hall klagt über Arbeitermangel, ebenfalls Waadnang. R. F.

Von hoher sozialer Einsicht zeugt eine Ver-

fugung der Regierung zu Stettin, die aus einer Bekanntmachung des Magistrats zu Pasewalk an die Öffentlichkeit gelangt. Aus dieser Bekanntmachung ist nämlich zu ersehen, daß der Preis für die sogenannten „Beerengettel“, d. h. die Erlaubnisse zum Sammeln von Beeren im Walde von 5 Pf. auf 3 Mk. pro Stück für Erwachsene und für Kinder unter 12 Jahre auf 1,50 Mk. pro

Stück erhöht worden ist. Außerdem muß noch wie bisher eine Postgebühren von 5 Pf. für jeden Zettel entrichtet werden.

Welche Gründe die Regierung für diese, gelinde gesagt, eigenartige Maßnahme hat, kann man leider aus der Bekanntmachung nicht ersehen. Es wird vermutet, daß man auf diese Weise die Frauen und Kinder eher dazu bringen zu können glaubt, sich landwirtschaftlichen Arbeiten zuzuwenden, da viele nicht in der Lage sind, den verlangten hohen Preis für die Bezugszettel zu zahlen. Aber gleichviel, ob diese Vermutung richtig ist oder nicht, jedenfalls bedeutet die Maßnahme der Regierung eine schwere Schädigung gerade der allerärmsten Schichten der Bevölkerung, denen man die Möglichkeit nimmt, sich ihren Lebensunterhalt billiger zu erwerben oder einen kleinen Verdienst sich zu verschaffen. Gerade in der Zeit der jetzigen Notlage ist eine solche Maßnahme absolut nicht zu verstehen.

Sühne für die Raddod-Katastrophe? Die „Dortm. Ztg.“ meldet aus Hamm, daß gegen den Betriebsführer Berg von der Rache Raddod ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Ihm wird die Hauptschuld an dem furchtbaren Grubenunglück zugemessen. Am 24. Juni sollen die ersten Zeugenvernehmungen in der Voruntersuchung stattgefunden haben.

Es ist dringend zu wünschen, daß auch diese Unternehmung mit aller Gründlichkeit durchgeführt wird. Sind Schuldige vorhanden, so müssen sie mit der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden, schon um das Verantwortlichkeitsgefühl der Grubenleitungen zu stärken.

Die Krise im Kohlenbergbau Großbritanniens ist noch nicht beieigigt. In den Kohlen-districten von Süd-Wales hat sich allerdings die Lage etwas gebessert. Die Werkleitungen verlangen hier eine Verlängerung der Arbeitszeit, die zur Einführung des Neunstundentages führen würde. Außerdem wünschen sie die Einführung von Doppelschichten, zwar nicht allgemein, wohl aber für solche Werke, die nach ihrer Ansicht ohne Doppelschichten nicht bestehen können. In bezug auf die Einführung des Neunstundentages scheinen die Arbeiter Entgegenkommen zeigen zu wollen; nur gegen die Doppelschichten herrscht bei ihnen noch starker Widerwille. Die beiden Parteien haben bereits miteinander verhandelt. Zu einer endgültigen Einigung ist es aber nicht gekommen. Trotzdem glaubt man, daß ein Streik vermieden werden kann, wenn auch die Frage der Doppelschichten noch viel Schwierigkeiten bereitet.

In den schottischen Kohlenbergwerken handelt es sich nicht um eine Arbeitszeitverlängerung, sondern um eine erhebliche Lohnkürzung, welche die Besenbesitzer über etwa 80 000 Bergarbeiter verhängen wollen. Die Einigungs-verhandlungen sind bereits einmal abgebrochen worden, doch hat man von neuem einen Weg der Verständigung gesucht. Im allgemeinen ist man der Meinung, daß die Grubenleitungen sehr wohl von

der geplanten Lohnkürzung absehen könnten. Falls es also den Unternehmern nicht lobdilig auf eine Machtprobe ankommt, könnten sie etwas Entgegenkommen zeigen. Wegen der schweren Schädigungen, die der gesamten Industrie und besonders der Eisenindustrie durch einen umfangreichen Kohlenarbeiterstreik zugefügt werden müßten, glaubt man, daß auch die Unternehmer schließlich von der geplanten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen absehen werden, um dadurch den Ausbruch des Ausstandes zu verhüten.

Gewerkevereins-Teil.

Profen. Die Monatsversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Stein- und Hilfsarbeiter fand am 20. Juni in Profen statt. Für den am Erscheinen verhinderten Schriftführer wurde Kollege R. Schiller gewählt. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden durch Kassierer und Schriftführer erledigt. Beim Punkte: „Wahl einer Kommission zur Regelung der Kassenordnung“ entspann sich eine längere Diskussion, die damit endigte, daß auf Antrag des Kollegen Spätlich einstimmig die Kommission aus 3 Vorstands- und 4 Vereinsmitgliedern gewählt wurde. Sie legt sich zusammen aus den Kollegen G. Hefenbacher, J. Kapmann, H. Pitz aus dem Vorstand und den Kollegen H. Streckmann, R. Mithen, H. Lasler und C. Spätlich aus der Versammlung. Verbandsvertreter Kollege W. Buttig gab dann den Anwesenden das Ergebnis der letzten Verbandsaus-schüssung bekannt und teilte zugleich mit, daß die nächste Verbandsversammlung in Profen stattfindet. Beschlössen wurde, die nächste Versammlung in Versdorf abzuhalten. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte sprach sodann der Vorsitzende noch über den Streit in Striegau und die Lehren, die wir daraus ziehen müssen. Er schilderte den Verlauf des 13wöchentlichen Kampfes und ermahnte die Ausführenden des Kampfes. Er erwähnte auch die letzte Steinarbeiter-Versammlung in Seifersdorf, wobei er Anregungen gab über Mittel und Wege, wie der Vorstand bei Lohnbewegungen u. dergl. schneller unterrichtet werden könnte. Zu gleicher Zeit wurde das Schreiben des Zentralrats vorgelesen und darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Lohnstatistik in unserer Gegend notwendig sei. Kollege Staude sprach sodann noch in längeren Ausführungen über die Bewegung in Striegau und Häslich und machte Vorschläge zu einem besseren Einvernehmen zwischen den verschiedenen Organisationen. An der Diskussion beteiligte sich auch der Verbandsvorsitzende, Kollege Luander-Jauer. Aufgenommen wurden seit der letzten Versammlung 12 Mitglieder, getrennt 1. Mit einer Mahnung an die Neuaufgenommenen, stets ihre Pflicht zu tun und sich an die Seite der Kollegen zu stellen, die in der Agitation unermüdet tätig sind, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. Tsch.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N. O., Orfswaldstraße 221/223. Mittwoch, 30. Juni. Letzte zwanglose Zusammenkunft vor den Sommerferien. — **Gewerkevereins-Kiebertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Leberstunden im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Rabau, Waldstraße 58. — **Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Pflaferstraße 20. Sitzung jeden

ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 3. Juli.** Maschinbau- und Metallarbeiter III. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Rabau, Waldstraße 58. Neuwahl des Kassierers. — **Maschinbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr bei Ehem, Pflaferstraße 61. Protokoll. Vortrag des Kollegen Müseleiter über: „Wesen und Wirken der kombinierten Ortsvereine“. Verschiebes. — **Maschinbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Kottbusstraße 6. Protokoll. Vortrag. Generalratsprotokolle. — **Maschinbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. Bericht der Vertrauensleute über Vorarbeiten in den Betrieben. Regulatorprot. — **Maschinbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen. Lichtbilder-Vortrag. Am Sonnabend, 17. Juli, Sommerfest. Am Montag, 19. Juli, abends 8—10 Uhr, Zahlabend, Stettinerstraße 50. — **Maschinbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8—10 Uhr Zahlabend bei Krull, Pflaferstraße 51. Kolbenbestellung. Am Sonnabend, 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Körner. **Leipzig.** Deutsche Handelskassierer-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Eißenerstraße, statt.

Orts- und Nebenzweige.

Hagen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Reuter, Cafe Hofemannplatz und Pflaferstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in „Hüttmanns Hotel, Kottbus“, Distriktsklub. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Beyer, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Breslau (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderstr. Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Hagen a. M. (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Birgmaier, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Kolping“, Eiserstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Beyer, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofen-tamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Walsheim-Ruhr (Distriktsklub).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretertagung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Sottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstraße 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Kiebertafel).** Die Leberstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stammgeborene Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine).** Leberstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsübende Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Ludwigslund u. Umgegend (Distriktsklub).** Sonntag, 4. Juli, nachm. 3 Uhr in Gerdes Lokal in Weddersleben, Ortsverbandsversammlung. Sonntag, 11. Juli, Ortsverbandsfest in Timmerborn. — **Schmölln (Distriktsklub).** Sonntag, 4. Juli, Versammlung, nachm. 3 Uhr in Grimnitzhau. — **Hannover-Rindes und Umgegend (Distriktsklub).** Sonntag, 4. Juli, morgens 9 Uhr, Ausschuss-sitzung in der „Rönigswohrt“, Brühlstr. 12. Vertreter sowie Stellvertreter haben pünktlich zu erscheinen. — **Oberhausen (Distriktsklub).** Vertretertagung am Sonntag, 4. Juli, vorm. 10 Uhr bei Wirt de Boel, Stöckmannstraße. — **Selkenkirchen (Distriktsklub).** Sonntag, 4. Juli, vorm. 10 Uhr, Vertretertagung. Abends 7 Uhr Ortsverbands-versammlung. Vortrag über: „Die bevorstehende Gewerkegerichts-wahl“. Im Lokal G. Simon, Alter Markt.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verband der Deutschen Gewerkevereine.
Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Verbands-haus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstraße 221—223.
Große Protestversammlung
gegen die vorkriegsständigen Steuerpläne im Reichstage.
Referenten: Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt, Generalsekretär H. Schmidt vom Verein der Deutschen Kaufleute.

Wir laden zu dieser Versammlung alle Arbeiter und Angestellten ein und jedermann, der mitgehen will, die reaktionären Pläne zur erneuten Ausbeutung des Volkes zurückzuschlagen. Es muß tausend-fältiger Protest erhoben werden gegen den schamlosen Versuch, auch diesmal wieder die Taschen der reichen Leute in Stadt und Land zu schonen und den Steuerbedarf ausschließlich vom Volke decken zu lassen. Ein so schreiendes Unrecht darf nicht gebuldet werden!
Verbandskollegen und Kolleginnen kommt in Massen!

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine.
J. A. GURAY Hartmann, Vorsitzender, Greifswalderstraße 221.

Lübeck (Ortsverband). Alle durch- und zurückgehenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung bei den Ortsverbandsführern, für die selber den Besuche beim Ortsverbandsführer. Dasselbe werden auch Karten für die Herberge ver-abfolgt. Bezirkslokal bei H. Carle, Gauenstraße.
Hamburg (Ortsverb.). Durch-reisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstützung. Bonus beim Ortsverbandsführer A. Franke, Hamburg - Elmshäuser, Lindenallee 64, Haus 5 I und beim Kas-sierer der Maschinbauarbeiter Otto Seebert, Hamburg - St. Pauli, Stalohofstraße 6 I.

Nedermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Reiseunterstützung. Karten hierzu beim Kollegen Ganschow, Nedermünde, Ball-strasse 12 und Sonnemann, Langelow, Kautzenstr. 3.

Wanne (Ortsverband). Durch-reisende Kollegen erhalten ein Ver-bandsgeheim von 75 Pfg. beim Koll. Heinz Hartke, Wanne, Bahnhofstraße 240.

Erlich (Kadrit- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachkaffee, Rasse und Frühstück. Verpflegungssachen beim Kassierer G. Clausen, Koloniestr. 32.

Hamm i. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeld, zugereichte und arbeitshunde Kollegen eine Karte, gültig für Abendessen, Nachtlosgeld und Frühstück beim Verbands-führer. Friedr. Müller, Allee-strasse 61.

Janer (Ortsverband). Durch-reisende Verbandskollegen erhalten Ortsgeheim bei P. Kobelt, Hospitalplatz 6.

Zur Anschaffung bringen zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 2,50 M., 100 Exemplare 6 M., 200 Exemplare 10 M., 500 Exemplare 23,50 M., 1000 Exemplare 45 M.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
Ein Leitband für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 80 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 M., 12 Stück 2,65 M., 20 Stück 4 M.

Bei Bestellungen, die an den Verbandsführer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzugeben. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbillett erfolgen.